

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/2

Bonn, den 3. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Geschmacksfrage 41

Zu den Angriffen auf die SPD

2 - 3a Europäische Bilanz 1968 132

Konkrete Fortschritte auf vielen Gebieten der EWG-Politik

Von Egon C. Heinrich

4 Wenig erfreulich 50

Gerangel um Zuständigkeiten bei der Sportförderung

5 - 6 Wolken über England 74

Labour hat noch einen mühsamen Weg vor sich

Von Hans Joachim Werbke, London

Geschmacksfrage

Zu den Angriffen auf die SPD

sp - Schon seit einigen Monaten vergeht kaum eine Woche, in der - meist aus dem Süden der Bundesrepublik kommend - nicht irgend ein offener oder versteckter Angriff auf die Sozialdemokratie, ihre Politik oder einen ihrer Repräsentanten gestartet wird. Einmal ist es "die Ostpolitik der SPD", ein anderes Mal sind es die "sozialdemokratischen Bemühungen um eine moderne Strafrechtsreform" und schließlich sind es Unterstellungen, gerichtet an die Adresse sozialdemokratischer Politiker oder hoher Beamter der Bundesregierung. Alles zusammen gipfelt meist in der Suggestivfrage, ob man denn einer "solchen Partei" oder "solchen Leuten" überhaupt trauen könne...

Es ist eine Frage des Geschmacks, ob man sich mit derartigen Anwürfen oder Unterstellungen auseinandersetzt; wir haben nicht die Absicht, das zu tun.

Eine andere Frage ist jedoch, in welcher Verfassung, oder vielleicht besser gesagt, Verklemmung, sich jener Personenkreis befinden mag, dem nichts Besseres einfällt, als einen Stil der politischen Auseinandersetzung zu praktizieren, der sich selbst richtet. In welcher Verfassung mögen sich Politiker oder Publizisten befinden, denen eine mit Erfolg an der Bundesregierung beteiligte Sozialdemokratie soviel Kopfschmerzen bereitet, daß sie zu deren Bekämpfung Mittel anwenden, die eigentlich in die Mottenkiste billiger Trickschauspieler gehörten?

Jeder einigermaßen vernünftige Mensch hat auf solche Fragen die Antwort bereit: Angst!

Aus den sich häufenden Angriffen auf die SPD oder einige ihrer Spitzenpolitiker spricht die blasse Angst davor, daß immer mehr Bürger unseres Staates begreifen, welcher Leistungen eine in der Regierung stehende Sozialdemokratie fähig ist.

Wenn man 17 Jahre lang so getan hat, als sei man selbst der Staat, aber nun erkennen muß, sich geirrt zu haben, neigt man dazu, die Furcht vor dem wahrscheinlichen Wechsel in der Staatsführung durch aufgeregtes Schimpfen abzureagieren.

Wir sind fast sicher, daß maßgebende CDU- und sogar CSU-Politiker die qualitativ nicht näher zu bezeichnenden Angriffe mißbilligen; einmal, weil die einmütig ablehnende Haltung der deutschen und internationalen Presse ein schlechtes Licht auf die CDU/CSU wirft, zum anderen, weil man sich der speziell in diesem Falle angewandten Methode schämt. In Gesprächen mit Spitzenpolitikern dieser Parteien kann man das feststellen.

Wir sind froh über diese Einsichten, zeigen sie doch, daß immer noch Hoffnung auf einen fairen Bundestagswahlkampf besteht.

+ + +

Europäische Bilanz 1968

Konkrete Fortschritte auf vielen Gebieten der EWG-Politik

Von Egon C. Heinrich

Das Jahr 1968 endete in der Europapolitik nicht so schlecht, wie es begann. Zwar besteht keinerlei Anlaß, selbstzufrieden auf die europäischen Einigungsbemühungen der vergangenen zwölf Monate zurückzublicken. Erst dieser Tage konnte die Auflösung der Europäischen Atomgemeinschaft noch eben verhindert werden. Vielleicht handelt es sich hier nur um eine Galgenfrist. In den grundlegenden Fragen der Erweiterung der Sechsergemeinschaft und der Ausweitung der Integration auf die Gebiete der gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik wurden 1968 keine entscheidenden Fortschritte erzielt. Die Diskrepanz der europäischen Konzeptionen, Ziele und Wege ist unter den europäischen Staaten nach wie vor offensichtlich. Es besteht keine Einigung über das Selbstverständnis Europas und seine Stellung in der Weltpolitik.

Auch die größten Optimisten müssen heute zugeben, daß es von der Erkenntnis der Notwendigkeit der europäischen Einheit bis zu deren Verwirklichung ein weiter Weg ist. Jedenfalls hat sich jene Voraussage aus den fünfziger Jahren als falsch erwiesen, daß aus der wirtschaftlichen automatisch die politische Integration folgen werde. Indessen ist die Wirtschaftspolitik ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtpolitik und aus diesem Grunde ist die EWG auch ein eminent politischer Faktor in der Europa- und Weltpolitik. Den deutlichsten Beweis dafür lieferte die Kennedy-Runde; auch sind der Beitritt Großbritanniens, die Assoziation Österreichs, Israels oder Spaniens mit der EWG primär politische, erst in zweiter Linie wirtschaftliche Optionen. Niemand wird ernsthaft bestreiten, daß die Aufnahme Englands bisher von Frankreich vor allem aus politischen Gründen abgelehnt wurde.

Erinnern wir uns an die Jahreswende 1967/68. Damals, nach dem erneuten Veto de Gaulles gegen den Eintritt Großbritanniens vom 19. Dezember 1967, stand die EWG am Rande des Zerfalls. Der tote Punkt in der Erweiterungsfrage führte auch zu einer Paralyse der Gemeinschaft im Innern. Holland und Italien blockierten ein Jahr lang die Aktivität der Arbeitsgruppe für wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit. Italien opponierte gegen die Assoziation Österreichs und Jugoslawiens. Aber wie bei der existenzbedrohenden Krise von 1965/66 setzte sich auch diesmal die bessere Einsicht der europäischen Politiker durch. Wieder einmal zeigte es sich, daß die EWG zum Erfolg verurteilt ist und daß kein Mitgliedsland das Risiko einer Zerstörung dieser größten gemeinschaftlichen Integrationsleistung in der europäischen Geschichte eingehen will. Es ist wieder Bewegung in die erwarteten Fronten der europäischen Politik gekommen.

Im einzelnen kann für das Jahr 1968 folgende Bilanz gezogen werden:

1. Dank der abgewogenen und beharrlichen Politik von Bundesaußenminister Willy Brandt konnte die Beitrittsfrage aus ihrer Stagnation gelöst werden. Auf der Grundlage der deutschen Vorschläge vom März und September zeichnet sich eine baldige Einigung über ein handelspolitisches Arrangement als Zwischenlösung bis zum endgültigen Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens und Irlands ab. Das handelspolitische Arrangement ist selbstverständlich nur eine Minimallösung, aber es gibt angesichts der französischen Haltung keine andere Möglichkeit.
2. In der Westeuropäischen Union wird zur Zeit mit Nachdruck der Versuch einer engeren Kooperation und Konsultation zwischen den Sechs und Großbritannien auf den nicht von den Römischen Verträgen erfaßten Gebieten der Außen- und Verteidigungspolitik gemacht. Nach dem Plan des belgischen Außenministers Harmel soll diese Verklammerung schließlich zu einem europäischen Staatenbund führen. Nach der wenig erfreulichen Tagung des WEU-Ministerrates vom Oktober wird der Harmel-Plan Anfang Februar erneut in Luxemburg beraten. Auf das Drängen von Bundesaußenminister Willy Brandt hielt der WEU-Ministerrat erstmals ein Kolloquium mit Abgeordneten der WEU-Versammlung ab.
3. Die Beschlüsse des EWG-Ministerrates vom 9./10. Dezember eröffnen erstmals die Möglichkeit konkreter Zusammenarbeit der EWG mit Drittländern in der Wissenschaft und Technologie. Bis Ende März 1969 sollen darüber Vorschläge vorliegen. Gleichzeitig gaben Holland und Italien ihren Widerstand gegen die sogenannte Maréchal-Arbeitsgruppe für Wissenschaft und Technologie auf. Die Europäische Weltraumkonferenz hatte im November die Zusammenlegung der beiden Organisationen ELDO und ESRO beschlossen.
4. Im Innern des Gemeinsamen Marktes war das wichtigste Datum des Jahres ohne Zweifel das Inkrafttreten der Zollunion und des gemeinsamen Außenzolltarifs am 1. Juli 1968. Damit wurden eineinhalb Jahre vor dem Ende der im EWG-Vertrag vorgesehener Übergangszeit die Zölle unter den sechs Mitgliedsländern völlig beseitigt, gleichzeitig ein gemeinsamer Zolltarif gegenüber allen Drittländern eingeführt. Ebenfalls am 1. Juli wurden die ersten der in der Kennedy-Runde vereinbarten Zollsenkungen von der EWG vorgenommen. Für Frankreich war die Beteiligung an diesen Zollreduktionen nach den Mai-Unruhen keine leichte Entscheidung.
5. Entscheidende Fortschritte hat die EWG 1968 auch in der Sozial-, Verkehrs- und Außenhandelspolitik erzielt. Im Okto-

ber verabschiedete der Ministerrat die grundlegenden Verordnungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und über die Aufhebung der Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen. Damit wurde die volle Gleichstellung der Arbeitnehmer erreicht. Dank der Initiative von Bundesverkehrsminister Georg Leber konnten im Juli weitreichende Entscheidungen über die gemeinsame Verkehrspolitik gefaßt worden. Anfang Dezember erzielten die EWG-Länder Einigung über Teile der gemeinsamen Außenhandelspolitik (Osthandel) sowie über die Modalitäten einer gemeinsamen EWG-Nahrungsmittelhilfe. Das zweite Programm für mittelfristige Wirtschaftspolitik wurde verabschiedet. Die Situation am Energiemarkt der EWG hat sich stabilisiert. EWG-Kommissionsmitglied Wilhelm Haferkamp wird in Kürze sein Programm für eine gemeinsame Energiepolitik vorlegen.

5. Bei den Außenbeziehungen der Gemeinschaft wurde im Juli ein Assoziierungsabkommen mit den ostafrikanischen Staaten Kenia, Uganda und Tansania unterzeichnet. Die Vorarbeiten für die Verlängerung des Jaunde-Abkommens über die Assoziierungsverträge mit Tunesien und Marokko dürften in Kürze unter Dach und Fach sein.

In der praktischen Einigungspolitik, die das beste Bindeglied zwischen den Völkern ist, wurden 1968 also große Schritte nach vorn getan. Doch die Diskussion um die Agrarpolitik (Mansholt-Plan) und insbesondere um die Agrarfinanzierung machen deutlich, daß bei vielen Politikern die nationalen Interessen die europäischen Einsichten überwiegen. Es wird paradox, wenn etwa der CSU-Bundestagsabgeordnete Unertl im Bundestag deshalb ein direktgewähltes und stärkeres Europäisches Parlament fordert, damit dieses den mißliebigen Agrar-Kommissar Dr. Mansholt in die Schranken weisen und stürzen könne. Das Europäische Parlament ist hier also als Instrument zur Durchsetzung nationaler Interessen auf europäischer Ebene und zur Beschränkung der Unabhängigkeit der EWG-Exekutive gedacht.

Die internationale Währungskrise von November hat ein grelles Schlaglicht auf die noch latent vorhandenen europäischen Ressentiments und den wiederaufkeimenden Nationalismus unter den europäischen Völkern geworfen. Die nationalistischen Reaktionen haben angesichts der Existenz der Europäischen Gemeinschaften und des deutsch-französischen Vertrages doch sehr überrascht. Man fühle sich an die Zeit vor den beiden Weltkriegen mit ihrem nationalen Machtdenken erinnert. Für die Verbesserung des europäischen Bewußtseins und der europäischen Solidarität bleibt in den kommenden Jahren noch viel zu tun.

Wenig erfreulich

Gerangel um Zuständigkeiten bei der Sportförderung

Wie man nach dem Sprichwort gehen, was lange währt, wird endlich gut, so müßte sich das Innenministerium durch eine hervorragende Sportförderungsarbeit auszeichnen. Daß die Leistungen, der nach dem Haushaltsplan des Ministeriums für 1969 mit 14 Beamten der Besoldungsgruppen zwischen A 13 und B 5 besetzten Sportabteilung nicht gerade "berauschend" sind, läßt sich relativ leicht anhand einiger Beispiele darlegen. Mit wieviel "Ruhe" man den Sport in der "Sportverwaltung" des Innenministeriums behütet, zeigen folgende Beispiele.

Am 28. Juni 1967 brachte die Fraktion der SPD im Bundestag unter der Drucksachennummer V/1980 einen - Sportförderungsantrag - ein, der sich mit dem Sportstättenbau, dem Leistungs- und Breitensport und der Errichtung von Leistungszentren in der Bundeswehr befaßte und nicht zuletzt die Forderung an die Bundesregierung beinhaltete, Vorschläge für eine langfristige Förderung des Leistungssports insbesondere mit Blickrichtung auf die "Olympischen Spiele 1972" zu unterbreiten. Nachdem der Bundestag diesen Antrag in der Sportdebatte am 1. Dezember 1967 an den Innen- und Haushaltsausschuß verwiesen hatte, stimmte das Plenum am 10. Mai 1968 der Ausschlußfassung vom 14. Februar 1968 zu. So weit, so gut.

Statt der bereits 15 Monaten vor Beginn der Olympischen Spiele 1968 von der SPD Fraktion geforderten Olympievorschläge für 1972, stellte die CDU als Erkenntnis der "Mexiko-Olympiade" vor wenigen Wochen der Öffentlichkeit ihr "Olympiaprogramm 1972" vor. Der Bundesinnenminister brachte es bisher allerdings nicht zurande, dem Parlament seine Vorstellungen in dieser Richtung zu unterbreiten.

Als wenige Tage nach Beginn der vorjährigen parlamentarischen Sommerpause ein heftiger Schußwechsel zwischen der Sportabteilung des Innenministeriums und dem Deutschen Sportbund aufgrund einer "Referentenstudie" für die Errichtung einer "Bundeszentrale" für Sport einsetzte, erwies man damit dem Sport keinen Dienst. Vielmehr bedeutete das "Gerangel" um Zuständigkeiten und Absichten eine schwere Belastung für das Verhältnis zwischen der Bundesregierung und dem Deutschen Sportbund. Ungeachtet blieben die mit sportpolitischen Fragen befaßten Abgeordneten der Fraktionen "offiziell" in Unkenntnis über Sinn und Zweck dieses "Arbeitspapiers", das über allerlei Schleichwege hingelangte, wo es überwiegend nur Unruhe und Verwirrung stiftete.

Wenig Erfreuliches gibt es auch im Hinblick auf die "Olympiaberichterstattung 1972" zu vermelden. Nach dem Märzbericht 1968 des Innenministeriums an das Plenum rechnete man in parlamentarischen Fachkreisen mit einem Zwischenbericht in Sachen "München und Kiel 1972" bis etwa Oktober vergangenen Jahres, da die finanziellen und personellen "Hiobsbotschaften" aus München nicht gerade beruhigend auf die Parlamentarier wirken konnten. Von dieser Berichterstattung sollte nicht zuletzt die Konstituierung einer Arbeitsgruppe "Olympia" des Parlaments abhängen, wie dies mit Zustimmung der Vertreter der CDU/CSU und FDP-Frakturen Abgeordnete der SPD-Fraktion gefordert hatten. Hierdurch sollte eine spezielle sachliche und fachliche Behandlung der Olympiafragen im Parlament gesichert sein und die Vorbereitungen für eine notwendig erscheinende Olympiadebatte im Bundestag getroffen werden. Ob das Ministerium nunmehr den zeitlichen Wünschen der Abgeordneten entspricht, bleibt noch abzuwarten.

Wolken über England

Labour hat noch einen mühsamen Weg vor sich

Von Hans Joachim Werbke, London

Britannien - so sahen es die drei amerikanischen Astronauten, als sie hinterm Mond hervorkamen und auf die Erde blickten - lag ganz an dem rechten Rand der Erdkugel gerückt, von Wolken überlagert. Es ist ein Bild, das wie ein Symbol die gegenwärtige Position dieser bedeutenden Handelsnation bezeichnet, die von einigen Verketzern innerhalb und außerhalb des Landes bereits abgeschrieben wird. Nichts wäre falscher. So wie sich die Perspektive der Astronauten änderte, als sie weiterflogen, so wird sich auch das Bild Englands verändern, wenn erst der von der Pfundabwertung erwartete Auftrieb voll wirksam wird.

Da die Labourregierung stets von der These ausgeht, politischer Einfluß sei abhängig von wirtschaftlicher Stärke, liefert sie Freund und Feind Munition zur Kritik an die Hand, weil es niemand verborgen bleibt, daß aufgrund mannigfacher Fehler in der Führung der Wirtschaft vieles im argen liegt. Die schlimme Zahlungsbilanz, die die Tories hinterließen, hat der Regierung Wilson nur wenig Spielraum für den Ansatz zu neuer Aufschwung gegeben. Er wurde zudem noch eingesengt durch Maßnahmen, getroffen von des Regierens zunächst unkundigen Führern, die ein Klima des Mißtrauens schufen, das Labour seit 1964 auf Schritts und Tritt begleitet.

Kreditaufnahmen zur Sicherung des Pfundes Sterling haben es überdies mit sich gebracht, daß internationale Fachleute der Finanzgemeinschaft mit Argusaugen jeden Schritt Britanniens in Richtung auf eine Verbesserung des Wohlfahrtsstaates überwachen. Mit Stirnrunzeln wird von konservativen Bankiers und Finanziers immer wieder eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben gefordert, obwohl ja in den knapp anderthalb Jahrzehnten der Tory-Herrschaft öffentliche Aufgaben sündhaft vernachlässigt und der Wohlstand in den Privatbörsen der Bürger angehäuft worden war.

Überhaupt fällt alles zugleich der Labourregierung als Aufgabe zu. Die Auflösung der letzten Reste des kolonialen Empires, die Umwandlung des Commonwealth von einer Klein-UNO zu einem locker miteinander verbun-

denen, aber sich gegenseitig letztlich nicht verpflichteten Club, die Überwindung blossen Freihandelsgeistes in der EFTA zu einem von politischen und wirtschaftlichen Motiven gleich stark beeinflussten europäischen Integrationsdenken. Daneben stehen die vielfältigen innenpolitischen Probleme vom Haus- und Hospitalbau, über die Förderung des Erziehungswesens, bis zur Modernisierung von Industrie und Gewerkschaften. Bei alledem einen Katalog von Prioritäten festzulegen und sich womöglich daran zu halten, wenn einem wirtschaftlich die Hände gebunden sind, erfordert Kräfte, die nicht in vier Jahren des Sichverzettels abgenutzt erscheinen.

Nun hat freilich nicht bloß Mißmanagement die Labourregierung in ihre verzweifelte Position gebracht, sondern auch ihr beherzter Vorstoß zur Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften. Die Idee war, das Land in der kühlen Zugluft des Wettbewerbs innerhalb des Gemeinsamen Marktes kräftig zu durchlüften und dabei während der Übergangsperiode auch dringend notwendige Strukturierungs- und Währungsreformen unauffällig zuwege zu bringen. Diesem Plan stemmte sich allerdings General de Gaulle entgegen. Mit seiner These, England sei nicht reif für den Beitritt, hat er zur Verschlimmerung des britischen Loses beigetragen. Der Olympier im Elysée-Palast fand mit seiner These Glauben, weil als Folge intensiver englischer Selbstkritik die internationale Berichterstattung alle Schwächesymptome Britanniens aufgreift und aufbauscht; die weniger sichtbaren, aber nichtsdestoweniger langfristig bedeutsamen Errungenschaften des Labourregiments finden in der britischen Presse kaum Niederschlag und werden dementsprechend auch international nur unzulänglich reflektiert. So fand de Gaulles Kritik an England willige Ohren. Der Stand der Briten ist dadurch noch schwerer geworden: Sie sind im wesentlichen auf sich selbst zurückgeworfen und infolge dessen noch leichter verwundbar geworden.

Auf einen grünen Zweig können sie nur gelangen, wenn ihnen vom Kontinent her - und hier vor allem von Bonn - die Hand gereicht wird. Das während der Währungskrise auf die deutsche Verantwortung für westeuropäische Integrationspläne abgestellte Umschmeicheln, das der Premierminister allerdings gegenüber seinen Mitternachtsbesucher rigoros akzentuierte, ist in Deutschland vielfach mißverstanden worden. Die Briten wären die letzten, die den Deutschen eine Großmachstellung suggerieren würden; sie wollen nur, weil sie unterdessen von der Entwicklung des kontinentalen Einigungsstrebens ferngehalten werden, den deutschen Freunden und Verbündeten begreiflich machen, daß diese sich auf eine geschichtliche Verantwortung vorbereiten müssen, die ihnen, ob sie es wollen oder nicht, aufgrund ihres wirtschaftlichen Potentials zufällt.

+ - +